



Informationsdienst

Stadthaus  
8402 Winterthur

Telefon 052 267 51 18  
Fax 052 267 59 35  
informationsdienst@win.ch  
www.stadt.winterthur.ch

Winterthur, 2. September 2008

## **Halbzeitbilanz des Stadtrates**

Sehr geehrte Mitglieder des Grossen Gemeinderates  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat hat im Juli 2006 die Legislatorschwerpunkte 2006 – 2010 vorgelegt. Zur Halbzeit hat er nun überprüft, wo er in Bezug auf das Erreichen der Ziele steht. Die Zwischenbilanz dient der internen Kontrolle und der Orientierung der Öffentlichkeit.

Grundsätzlich stellt der Stadtrat fest, dass er auf dem Weg ist, viele der gesteckten Ziele zu erreichen. Manche sind bereits erreicht, andere dauern in der Realisierung etwas länger, unter anderem weil sich der Stadtrat Zeit für vertiefende Diskussionen nehmen will.

Bei einigen Vorhaben entscheidet der Stadtrat nicht alleine über das Gelingen. Insbesondere ist er auf die Unterstützung durch den Grossen Gemeinderat angewiesen. Wir danken dem Parlament dafür, dass es sich differenziert mit unseren Vorlagen auseinandersetzt und sich bei seinen Entscheiden am Gesamtinteresse der Stadt orientiert.

Der Stadtrat hat seine Zwischenbilanz in einem Bericht festgehalten. Es freut mich, Ihnen diesen Bericht zur Kenntnisnahme zuzustellen.

Freundliche Grüsse

Ernst Wohlwend, Stadtpräsident



**STADTRAT WINTERTHUR  
LEGISLATURSCHWERPUNKTE  
2006–2010  
HALBZEITBILANZ 2008**

## **Halbzeitbilanz 2008**

### **Einleitung und generelle Einschätzung**

Halbzeitbilanz: Vielerorts auf Kurs	2
-------------------------------------	---

### **Die Schwerpunkte**

Wirtschaft und Finanzen	3
Kultur und Bildung	4
Solidarität und Sicherheit	4
Siedlung und Umwelt	5

### **Vorhaben von hoher Bedeutung**

Aufwertung Stadtzentrum	7
Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur	7
Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte	8
Ausgeglichener Finanzhaushalt	9
Sicherheit in der Stadt	10
Regionales Kompetenzzentrum Winterthur	11
Verkehr bewältigen	12
Energiestadt und Klimaschutz	13
Umsetzung der Wohnungspolitik	13
Entwicklungsimpuls Töss	14
Immobilienmanagement	15
Chancengleichheit in der Bildung	16
Perspektiven für die Jugend	17
Soziale und berufliche Integration	18
Altersplanung	18
Natur- und Erholungsräume aufwerten	19
Kulturmeile Winterthur	20
Stadtlicht Winterthur	21
Kundenorientierte Verwaltung	21
Effizientes Management	22
Nachhaltiges Denken und Handeln	24

# Einleitung und generelle Einschätzung

## Halbzeitbilanz: Vielerorts auf Kurs

Der Stadtrat hat im Juli 2006 die Legislatorschwerpunkte 2006 – 2010 vorgelegt. Sie umfassen 21 konkrete Absichten und Zielsetzungen, denen er besondere Bedeutung zumisst und die er mit Nachdruck verfolgen will. Zur Halbzeit der Legislatur hat der Stadtrat überprüft, wo er in Bezug auf die Erreichung der Ziele steht. Im hier vorliegenden Bericht zieht er zuhanden der Öffentlichkeit und für die interne Kontrolle eine Zwischenbilanz. Der Bericht orientiert sich in seiner Struktur an den Legislatorschwerpunkten. In die Beurteilung eingeflossen sind auch Erkenntnisse aus der Bevölkerungsbefragung 2007.

Grundsätzlich stellt der Stadtrat fest, dass er auf dem Weg ist, viele der gesteckten Ziele zu erreichen. Das ist sehr erfreulich und stellt den Departementen ein gutes Zeugnis aus, die sich mit grossem Engagement dafür eingesetzt haben. Manche Ziele konnten bereits zur Halbzeit erreicht werden. Bei einigen Aktionsfeldern ist ein rascheres Voranschreiten vorstellbar. Wichtiger als das Tempo ist aber die Qualität, für deren Sicherung sich der Stadtrat Zeit für breite, vertiefende Diskussionen nimmt.

Der Stadtrat hat es nicht bei allen Zielen selbst in der Hand, sie zu erreichen. Er ist auf Unterstützung seiner Vorhaben angewiesen, auf kommunaler Ebene insbesondere durch den Grossen Gemeinderat und die Bevölkerung. Der Stadtrat setzt sich für den Dialog ein und ruft dazu auf, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und sich dabei am Gesamtinteresse der Stadt zu orientieren.

Um die Legislaturziele erreichen zu können, braucht es weitere Anstrengungen. Der Stadtrat will insbesondere in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, Verkehr und Kommunikation zusätzliche Akzente setzen. Eine Herausforderung ist zudem, das Wachstum der Stadt in den richtigen Bahnen zu halten. Das Wachstum ist erfreulich und notwendig. Es soll aber die Qualitäten der Stadt, insbesondere die grosse Lebensqualität, nicht gefährden, sondern im Gegenteil dazu verhelfen, sie zu erhalten und zu stärken.

Die Voraussetzungen sind gut, auch die zweite Legislaturhälfte erfolgreich zu bestreiten. Die Zusammenarbeit im Stadtrat funktioniert sehr gut. Er findet dank intensiven und lösungsorientierten Auseinandersetzungen immer wieder eine Basis, die gemeinsam getragen wird und den Stadtrat als Team stärkt. Er kann zudem auf motivierte und professionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung zählen, die gerne bei der Stadt arbeiten, wie die Personalumfrage bestätigt hat.

Winterthur hat sich in den letzten beiden Jahren erfreulich entwickelt. Es ist viel investiert worden, in den Wohnungsbau, in Arbeitsplätze. Die Dynamik in der Stadt hat zugenommen, das Image von Winterthur hat sich spürbar verbessert und das Vertrauen in den Standort ist deutlich gestiegen. Verbessert hat sich auch das Verständnis für die besonderen Herausforderungen, die sich der Stadt Winterthur stellen.

Der Stadtrat wird sich weiter dafür einsetzen, die Entwicklungschancen zu nutzen, die sich Winterthur bieten. Dank den besseren Rahmenbedingungen geht es heute weniger um Verzichtsplanningen. Im Zentrum steht eine aktive Zukunftsgestaltung, die sich an Werten wie Qualität, Nachhaltigkeit und Solidarität orientiert.

# Die Schwerpunkte

## Wirtschaft und Finanzen

Die beiden Jahre seit Beginn der Legislatur waren geprägt von einem konjunkturell günstigen Umfeld. Im Rahmen dieses Aufschwungs sind auch die Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten in Winterthur leicht gesunken. Ausgelöst durch die Krise am amerikanischen Hypothekarkreditmarkt in der zweiten Hälfte 2007 zeichnet sich nun eine globale Abkühlung des Wirtschaftswachstums ab, welche sich auch auf die Schweiz auswirken dürfte. Diese Randbedingungen sind wichtig für die Würdigung der erreichten Ziele und die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung.

Winterthur verfügt weiterhin über eine starke exportorientierte Industrie, die sich in wichtigen Nischensegmenten der Hochtechnologie Spitzenplätze gesichert hat. Diese Firmen haben in den vergangenen Jahren erfolgreich expandiert und in umfangreichem Masse neue Arbeitsplätze geschaffen. Erfreulich für Winterthur ist, dass nicht nur die hier domizilierten Unternehmen, sondern auch ansässige Tochterfirmen ausländischer Konzerne, wie etwa Zimmer, in den Standort Winterthur investiert haben. Neben der Industrie sind aber auch Unternehmen und Organisationen in gewichtigeren Dienstleistungsbereichen wie im Versicherungs-, Gesundheits- und Bildungswesen weiter gewachsen.

Von Winterthurer Seite wurden in den vergangenen Jahren die Standortvorteile wie die Technologie-Tradition, die Nähe zu Know-how (vor allem zur ZHAW), die zentrale Anbindung an den Wirtschaftsraum Zürich und an die globalen Verkehrsnetze, die hohe Lebensqualität für die Mitarbeitenden und Ähnliches immer wieder betont. Die Wirtschaft hat die Chancen dieser Standortvorteile erkannt und genutzt. Einzelnen unterschiedlich motivierten Wegzügen wie des Hauptsitzes der Axima Schweiz AG stehen Neuansiedlungen (zum Beispiel der amerikanischen VistaPrint) und zahlreiche Firmenneugründungen gegenüber, welche durch den Ausbau des Technoparks weiter begünstigt werden. Der Stadtrat darf für sich in Anspruch nehmen, dass seine vielfältigen Bemühungen, die Stadt mit ihren Vorteilen in den relevanten Wirtschaftskreisen unermüdlich anzupreisen, auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Die günstige Konjunktur hat sich nach einigem Zögern auch in den Winterthurer Finanzen deutlich bemerkbar gemacht. Die Steuereinnahmen des Rechnungsjahres 2007 liegen insgesamt um 13.7% höher als im Rechnungsjahr 2002. Besonders erfreulich entwickelt haben sich die Steuern der juristischen Personen. Die Steuern der natürlichen Personen sind hingegen relativ schwach gewachsen. Entsprechend ist die Steuerkraft pro Einwohner/in weniger stark gestiegen als das Kantonsmittel.

Auf der Aufwandseite sind zwei Wachstumsbereiche vorherrschend, nämlich die soziale Wohlfahrt und die Schule. Beide Bereiche sind stark von den gesellschaftlichen Entwicklungen getrieben und können von der Verwaltung nur sehr beschränkt beeinflusst werden. Die Wachstumsraten bei der sozialen Wohlfahrt waren einige Jahre dermassen hoch, dass nur schon eine Reduktion dieser Wachstumsraten als Erfolg gewertet werden kann. Eine gewisse Entspannung der Situation hat sich denn auch in den vergangenen beiden Jahren bemerkbar gemacht; der Aufwand scheint sich auf hohem Niveau zu stabilisieren.

Insgesamt lässt sich seit Beginn der Legislatur eine gewisse Entspannung auf Seiten der Finanzen feststellen. Allerdings darf diese nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Fähigkeit der Stadt zur eigenständigen Finanzierung ihrer Aufgaben eher abgenommen hat, da die Steuereinnahmen nicht in gleichem Masse gewachsen sind wie die Aufgaben. Das langfristige Ziel, vom zürcherischen Finanzausgleich unabhängig zu werden, liegt nach wie vor in weiter Ferne.

*Siehe auch unter Vorhaben von hoher Bedeutung:*  
- Ausgeglichener Finanzhaushalt (Seite 9)  
- Immobilienmanagement (Seite 15)  
- Effizientes Management (Seite 22)

## Kultur und Bildung

Das kulturelle Angebot ist eine anerkannte und bedeutende Stärke Winterthurs. Um das hohe Niveau halten zu können, hat der Stadtrat den Schwerpunkt "Kulturmeile Winterthur" gesetzt. In diesem Zusammenhang stehen insbesondere der Auftrag zur Ausarbeitung eines Museumskonzepts für die Kunstsammlungen in der Stadt sowie die Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes. Zur Förderung des innovativen Kunstschaffens unterstützt die Stadt zum Beispiel Festivals wie die Internationalen Kurzfilmtage oder Projekte der freien Szene.

Von wachsender Bedeutung ist die Kulturvermittlung. Das museumspädagogische Angebot wurde auf Wunsch des Grossen Gemeinderats und aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage leicht ausgebaut. Geprüft werden zudem Möglichkeiten für ein theaterpädagogisches Angebot.

Das Schul- und Bildungszentrum Winterthur ist auf der Ebene der Volksschule von einer Reform geprägt, die unter anderem eine vermehrte integrative Ausrichtung auslöst. Das bedeutet, dass heterogene Klassen und Unterschiede unter den Schülerinnen und Schülern als gegeben respektiert werden. Damit ist die Schule dem Ziel, dass jedes Kind seinen individuellen Fähigkeiten entsprechend gefördert werden muss, einen grossen Schritt näher gerückt. Schüler und Schülerinnen mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen werden nicht mehr in Kleinklassen ausgesondert. Diese wurden seit 2006 grösstenteils aufgelöst, und die Schülerinnen und Schüler wurden in Regelklassen integriert.

Die Schulreformen haben die positive Folge, dass vom Kanton wieder grosse finanzielle Mittel in die Volksschule fliessen, in Form von Unterstützung und Weiterbildung für die Lehrpersonen, für die Schulleitungen oder für die professionelle Schulevaluation.

Eine gezielte Vorbereitung auf die Berufsausbildung findet im Projekt "Neugestaltung des 9. Schuljahres" statt, an dem eine Oberstufenschule aus Oberwinterthur teilnimmt. Der Bildungsrat hat beschlossen, die Neuerungen – persönliche Standortbestimmung und gezielte individuelle Unterstützung bei der Vorbereitung auf eine Berufslehre oder weiterführende Schule – ab Schuljahr 2009/10 im Kanton Zürich flächendeckend einzuführen.

Initiiert durch Schülerinnen und Schüler, welche im Rahmen des "Projekts Töss" 100 neue Lehrstellen gefordert haben, wurde ein Lehrstellenmarketing eingerichtet. Seit Frühling 2008 ist ein Lehrstellenförderer damit beauftragt, insbesondere Lehrstellen mit eidgenössischem Berufsattest in Gewerbe und Verwaltung zu generieren.

*Siehe auch unter Vorhaben von hoher Bedeutung:*

- *Chancengleichheit in der Bildung (Seite 16)*

- *Perspektiven für die Jugend (Seite 17)*

- *Kulturmeile Winterthur (Seite 20)*

## Solidarität und Sicherheit

Mit präventiven Massnahmen und aktiver Integration können soziale Probleme entscheidend abgeschwächt oder gar verhindert werden. In diesem Sinne wurden Projekte zur beruflichen Integration von Jugendlichen, zur Arbeitsintegration von Erwerbslosen und zur sozialen Integration von Randständigen aktiv umgesetzt. Die Vernetzung sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch mit privaten Akteuren wurde intensiviert.

Seit Beginn der Legislatur wurden Angebote für die unterschiedlichsten Bedürfnisse geschaffen: neue Ausbildungsplätze für Jugendliche im Restaurant Römerpark, mehr niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten im "Läbesraum" und rund 100 Teil-

lohnarbeitsplätze für Sozialhilfebeziehende in Verwaltung, Privatwirtschaft und Sozialfirmen. Die Studie der Firma econcept zeigt klar auf, dass sich solche Massnahmen nicht nur für die Teilnehmenden, sondern auch aus finanzieller Sicht lohnen.

Betagte Menschen sollen auch in Zukunft differenzierte Wohn- und Betreuungsmöglichkeiten haben. Mit der Anpassung des Angebots in den Alterszentren können betagte Menschen nun im gleichen Zimmer bleiben, auch wenn sie pflegebedürftig werden. Gleichzeitig kann so das Angebot an Pflegeplätzen allgemein ausgeweitet werden. Mit der Integration der Haushilfe in die Spitex wird nun das ganze ambulante Angebot aus einer Hand angeboten. Gleichzeitig wurde das Angebot an Spitexleistungen ausgebaut, wodurch dem Grundsatz "ambulant vor stationär" noch mehr Gewicht verliehen wird.

Die Stadt Winterthur befindet sich in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess, der auch die Anforderungen an eine zeitgemässe Polizeiarbeit laufend verändert. Deshalb hat die Stadtpolizei eine Strategie "Stapo 2010" entwickelt. Ergänzend dazu hat sie im Rahmen des Reorganisationsprojekts WINPOL ihre Strukturen bereinigt und verbessert. Ein polizeilicher Ermittlungsdienst wurde ins Leben gerufen und der Jugenddienst personell verstärkt. Ein wesentliches Ziel dieser Bestrebungen ist es, noch mehr sichtbare Polizeipräsenz im öffentlichen Raum zu erreichen und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizeiarbeit zu stärken.

Gemäss den jüngsten kriminalstatistischen Daten zählt die Stadt Winterthur schweizweit nach wie vor zu den sichersten Städten. Dennoch hat die Bevölkerungsbefragung 2007 unter anderem ergeben, dass die Kriminalität einen negativen Einfluss auf das Sicherheitsgefühl und die Lebens- und Wohnqualität ausübt. Die sichtbare Polizeipräsenz in den Quartieren Töss und Mattenbach soll durch eine Verstärkung der Quartierpolizei erhöht werden. Zur Verbesserung der Sicherheit im Stadtzentrum ist im Zusammenwirken mit Kantons- und Bahnpolizei eine Niederlassung der Stadtpolizei (Sicherheitszentrum) beim Bahnhof geplant. Ein besonderer Einsatz wird zudem noch vermehrt der Bekämpfung der häuslichen Gewalt gelten.

Die Stadtpolizei unterstützte und lancierte zahlreiche Präventionskampagnen wie "I like my bike", "Sera" (gegen Dämmerungseinbrüche) und "Gewalt ist feige", die an die Eigenverantwortung der Bevölkerung appellieren. Die Präventionsarbeit soll künftig noch gestärkt und thematisch erweitert werden.

Im Rahmen des Projektes "Mercur" wurde die Drogen- und Alkoholikerszene beim Musikpavillon entsprechend der stadträtlichen Absicht weitgehend aufgelöst. Die Gewerbepolizei hat den Platz mit einer alternativen Nutzung neu belebt. Der zuvor einseitig von sozialen Randgruppen in Beschlag genommene Musikpavillon ist wieder für die ganze Bevölkerung zugänglich und zu einem beliebten Treffpunkt für jung und alt geworden. Es wird in Zukunft eine Daueraufgabe darstellen, die Bildung von neuen öffentlichen Drogen- und Alkoholikerszenen zu verhindern.

*Siehe auch unter Vorhaben von hoher Bedeutung:*

- Sicherheit in der Stadt (Seite 10)
- Perspektiven für die Jugend (Seite 17)
- Soziale und berufliche Integration (Seite 18)
- Altersplanung (Seite 18)

## **Siedlung und Umwelt**

Die Bevölkerung von Winterthur erachtet die Lebensqualität als hoch und lebt gerne in Winterthur. Das zeigt die Bevölkerungsbefragung 2007. Der Stadtrat hat vielfältige Massnahmen ergriffen, um die Stadt qualitativ weiter zu entwickeln. Für verschiedene Stadtgebiete, Quartiere und Areale sind unter Einbezug der Bewohnerinnen und Bewohner Entwicklungsplanungen angegangen worden. Zu nennen sind die Gebiete Töss und Oberwinterthur, das Lagerplatzareal und der "Superblock" im Sulzerareal

Stadtmitte, das Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher sowie der Stadtraum Bahnhof. Aus den Gesamtplanungen resultierende Umsetzungsprojekte werden weiter vorangetrieben.

Für die gestalterische Aufwertung der Altstadt wurde unter Einbezug der Jungen Altstadt, Gastro Winterthur und des Bewohnerinnen- und Bewohnervereins Altstadt ein Leitfaden erarbeitet.

Im Bereich Verkehr wurden verschiedene Verbesserungen erzielt und dort, wo die Zuständigkeit nicht bei der Stadt liegt, die Anstrengungen für Lösungen im Interesse von Winterthur intensiviert.

Mit der Inbetriebnahme der S-Bahn-Station Winterthur Hegi und deren Anbindung an das Linien-Netz von Stadtbus wurde das Entwicklungsgebiet Oberwinterthur besser mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen. Auf den Fahrplanwechsel im Dezember 2008 wird das Stadtbus-Angebot durch eine Taktverdichtung und eine neue Buslinie weiter verbessert. Auf anderen Strecken wurden verschiedene Projekte für die Busbevorzugung umgesetzt.

Der Stadtrat hat Anfang 2008 entschieden, aus Gründen der lokalen Umweltbelastung auf den Hauptlinien am Trolleybussystem festzuhalten. Dadurch nimmt die lokale Luft- und Lärmbelastung im öffentlichen Verkehr nicht zu. Mit dem Zürcher Verkehrsverbund konnte ausgehandelt werden, dass dieser die Mehrkosten übernimmt.

Der Stadtrat hat sich weiter für die Behebung des Bahnengpasses zwischen Winterthur und Zürich sowie für die im regionalen Gesamtverkehrskonzept vorgesehene Südostumfahrung engagiert. Im Herbst 2008 will der Stadtrat seine Position in Verkehrsfragen, insbesondere was den motorisierten Individualverkehr betrifft, der Öffentlichkeit in einer Gesamtschau darlegen.

Damit Winterthur nicht übermässig mit Fluglärm belastet wird, setzt sich die Stadt als Gründungsmitglied in der Interessengemeinschaft "Region Ost" ein, welche 86 Städte und Gemeinden umfasst und vom Vorsteher des Departements Sicherheit und Umwelt präsidiert wird. Angestrebt wird eine Rückkehr zum historisch gewachsenen Flugbetrieb mit Landungen aus Norden. Sämtliche Betriebsvarianten, die mit Pistenverlängerungen und einer verstärkten Ostausrichtung des Flugbetriebs verbunden sind, werden bekämpft.

In der Wohnungspolitik bestätigen erste erkennbare Erfolge die eingeschlagene Stossrichtung. Die vertiefte Zusammenarbeit in unterschiedlichen Gefässen über die Gemeindegrenzen hinaus hat zur Wahrnehmung von Winterthur als eigenständigem Zentrum beigetragen.

Beim Naturschutz wurden die Vernetzungsprojekte der gemäss Naturschutzkonzept definierten Landschaftsräume "Dätttau", "Taggenberg" und "Reutlingen/Stadel" erarbeitet. Die Umsetzung erfolgt in Absprache und Zusammenarbeit mit den Landwirten. In allen Landschaftsräumen wurden neue ökologische Flächen angelegt oder bestehende durch gezielte Pflegemassnahmen aufgewertet. Grosse und wertvolle Flächen wurden insbesondere mit der Revitalisierung des Dättnauerbachs und mit den unterschiedlich gestalteten Bereichen im Lantig erstellt.

*Siehe auch unter Vorhaben von hoher Bedeutung:*

- Aufwertung Stadtzentrum (Seite 7)
- Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur (Seite 7)
- Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte (Seite 8)
- Verkehr bewältigen (Seite 12)
- Energiestadt und Klimaschutz (Seite 13)
- Umsetzung der Wohnungspolitik (Seite 13)
- Entwicklungsimpuls Töss (Seite 14)
- Natur- und Erholungsräume aufwerten (Seite 19)
- Nachhaltiges Denken und Handeln (Seite 24)

## **Vorhaben von hoher Bedeutung**

### ***Aufwertung Stadtzentrum***

Im Rahmen der Aufwertung des Stadtzentrums wurden die privaten und öffentlichen Teilprojekte in der Masterplanung Stadtraum Bahnhof zusammengefasst. Zur Masterplanung fanden vier Forumsveranstaltungen statt. Der Grosse Gemeinderat hat am 27. Januar 2007 einen Kredit von 550'000 Franken für die Weiterführung der Masterplanung beschlossen.

Am weitesten fortgeschritten ist das Projekt für die Überbauung des Milchküchenareals. Am 8. Mai 2006 hat der Grosse Gemeinderat dem privaten Gestaltungsplan Milchküche zugestimmt und den Kredit für die Velostation genehmigt. Die Baubewilligung für den Neubau der SBB (Stellwerk RailCity) wurde 2007 erteilt. Mit den Vorbereitungsarbeiten wurde im April 2008 begonnen. Das Gebäude wird ab 2010 bezugsbereit sein. Im Untergeschoss des Neubaus wird die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte eine städtische Velostation mit rund 800 Veloabstellplätzen (170 mehr als heute) betreiben.

Im Zusammenhang mit dem privaten Umbau des Kesselhauses ist die erste Etappe des Projekts Gleisquerung geplant. Der Bahnmeisterweg wird aufgefüllt und der Vorplatz neu gestaltet. Der Antrag für einen Nettokredit von 3,99 Millionen Franken für die 1. Etappe Gleisquerung ist Anfang Juli 2008 an den Grossen Gemeinderat überwiesen worden. Die Baubewilligung für den Umbau des Kesselhauses wurde 2007 erteilt. Die Bauherrschaft beabsichtigt mit dem Umbau im Herbst 2008 zu beginnen.

Dem Grossen Gemeinderat eingereicht wurde im Juli 2008 auch der Kreditantrag von 490'000 Franken für Verbesserungen für den Veloverkehr in der Unterführung der Wülflingerstrasse. Für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Süd wurde im Frühjahr 2008 ein öffentlicher Projektwettbewerb lanciert. Erste Ergebnisse werden voraussichtlich Ende 2008 vorliegen.

Beim Archareal liegt ebenfalls ein Projekt für die neue Verkehrsführung und die Umgebungsgestaltung vor. Auf dem Areal ist ein Hotel in Kombination mit anderen Nutzungen geplant. Im Zusammenhang mit diesem privaten Bauvorhaben wird die Verkehrsführung angepasst und die Umgebung neu gestaltet. Mit der Bauherrschaft wurde ein detaillierter Kostenteiler ausgearbeitet. Für die Stadt verbleibt ein Anteil von 3,193 Millionen Franken. Nach der öffentlichen Auflage des Projekts wird der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat den Antrag für einen Investitionsbeitrag stellen.

Für die Finanzierung der Projekte Gleisquerung (ohne 1. Etappe), Rudolfstrasse, Bahnhofplatz Süd und Personenunterführung Nord ist ein Rahmenkredit von rund 60 Millionen Franken an den Grossen Gemeinderat zuhanden der Volksabstimmung in Vorbereitung. Für die Veloquerung im nördlichen Bereich des Bahnhofes ist eine separate Vorlage geplant.

### ***Förderung Entwicklungsgebiet Oberwinterthur***

Im Juni 2007 hat der Stadtrat die Entwicklungsstrategie für das Entwicklungsgebiet Oberwinterthur verabschiedet. Sie war in einem Workshop-Prozess vom Büro KCAP (Kees Christiaanse architects and planners) mit Einbezug von Stadtratsmitgliedern, städtischen Fachstellen, Grundeigentümer/innen und Verantwortlichen der bisherigen Planungen erarbeitet worden. Mit der Entwicklungsstrategie liegen erstmals übergeordnete Ziele für die Entwicklung des Gebietes zwischen den drei Bahnhöfen Grüze, Hegi und Oberwinterthur vor. Die Strategie dient als Basis für Gespräche mit den Grundeigentümer/innen sowie als Grundlage für politische und planerische Entscheidungen und vertiefende Planungen. In enger Zusammenarbeit mit der Sulzer Immo-

lien AG wird der Rahmenplan von 2001 grundlegend überarbeitet. Ein erster Entwurf dürfte nach den Sommerferien 2008 vorliegen.

Angestrebt wird eine modellhafte Stadtentwicklung, in der die Industrie nicht verdrängt, sondern erweitert und gleichzeitig durch ergänzende Nutzungen überlagert wird. Das Gebiet soll als gesamthafter, dicht bebauter und urbaner Stadtteil mit unterschiedlichen Nutzungsschwerpunkten wahrgenommen werden, mit der Sulzerallee als verbindendem Rückgrat. Um dem Gebiet trotz der gewollten Heterogenität ein eigenständiges Image zu verleihen, werden die für Teile des Sulzerareals geltenden Bebauungsregeln und Vorgaben für die Gestaltung der öffentlichen Räume, soweit sinnvoll, auf das Gesamtgebiet ausgedehnt.

Während der Wohnungsbau gut in Schwung gekommen ist (ca. 800 Wohnungen sind gebaut oder geplant) und im westlichen Teil neue Industriebauten anstehen (Burckhardt Compression, Stadler Rail und andere), sieht es bei anderen Nutzungen weniger positiv aus. Insbesondere rund um die S-Bahn-Station Hegi soll deshalb mittels Mischnutzungen ein Entwicklungsimpuls gesetzt werden.

Der Stadtrat hat sich für eine aktivere städtische Rolle bei der Gebietsentwicklung ausgesprochen. Dazu wurde ein Projektteam gebildet, das sich aus Vertretern der beteiligten städtischen Stellen zusammensetzt. Es koordiniert die Planungs- und Umsetzungsschritte und ist für eine effiziente stadtinterne Kommunikation bezüglich aller städtischen und privaten Vorhaben im Gebiet besorgt.

Mit dem Bau neuer Wohnungen stellt sich die Frage nach der Planung der fehlenden sozialen Infrastruktur (Schulhaus, Quartiertreffpunkte etc.). Die Stadt besitzt, vom Eulachpark abgesehen, kein Land im Gebiet, was die Spielräume für Steuerungsmöglichkeiten einschränkt. Die öffentlichen Interessen müssen deshalb konsequent im Rahmen der beschränkten Einflussmöglichkeiten (Bedingungen bei Zonenplan-Änderungen, privatrechtliche Vereinbarungen usw.) berücksichtigt werden. Eine Umnutzung der Halle 710 für quartierbezogene Nutzungen ist in Bearbeitung.

Im erweiterten Umfeld der S-Bahn Station Hegi soll bis 2010 unter Einbezug der Grundeigentümer/innen ein Planungsverfahren durchgeführt werden, das Grundlagen für eine Revision des Zonenplans und damit für die angestrebte Entwicklung dieses Umfelds liefern soll. Die Planung der sozialen Infrastruktur soll konkretisiert und die notwendigen Umsetzungsschritte eingeleitet werden.

### **Weiterentwicklung Sulzerareal Stadtmitte**

Auf planerischer Ebene stand die Erarbeitung einer neuen Zonierung und eines neuen Gestaltungsplans für das Areal Lagerplatz im Vordergrund. Im Rahmen einer Testplanung mit den Grundeigentümern Sulzer und Schweizerische Post wurde ein städtebauliches Leitbild erstellt, das einerseits die einzigartige Ambiance der öffentlichen Räume beibehält, und andererseits Raum für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten bietet. Dies erlaubt sowohl das vorläufige Weiterbestehen der ZHAW-Architekturabteilung und vieler etablierter Firmen auf dem Gelände und gleichzeitig den Bau einer attraktiven Wohnüberbauung.

Die Bereiche gegen den Bahnhof sind weitgehend überbaut, die letzten Projekte sind bereits im Bau (Berufsschule), haben die Baubewilligung erhalten (Kesselhaus) oder stehen vor der Projekteingabe (Superblock). Gegen Töss hin entsteht ein Einkaufszentrum und der Technopark erfährt eine markante Erweiterung.

Durch die modernen Wohnungsbauten hat eine urbane Bürgerschaft neu in Winterthur Einzug gehalten, die auch Richtung Töss ausstrahlen wird. Die ersten Gewerbebetriebe dagegen zeigten einige Anfangsschwierigkeiten, es fanden bereits erste Mieterwechsel statt.

Mit dem bevorstehenden Umzug von Stadler Rail nach Oberwinterthur wird wohl der letzte grössere Produktionsbetrieb diesen zentralen Stadtteil verlassen. Bis 2010 wird für das frei werdende Areal zusammen mit dem Grundeigentümer in einem ähnlichen Verfahren wie beim Lagerplatzareal eine neue Grundordnung ausgearbeitet und dem Grossen Gemeinderat zum Entscheid vorgelegt.

### **Ausgeglichener Finanzhaushalt**

Die Abhängigkeit der Stadt Winterthur vom Finanzausgleich ist in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt bedeutende Mittel aus dem Steuerfussausgleich beansprucht, muss von einem strukturellen Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung gesprochen werden. Um diesen zu reduzieren, hat der Stadtrat das Programm "Haushaltsanierung 2007" (HS07) lanciert. Einige Projekte davon sind langfristig ausgelegt und noch nicht abgeschlossen, so etwa die Konzentration der Verwaltung an einem Standort ("Fokus") oder das Zentrale Immobilienmanagement.

Die meisten HS07-Projekte konnten im Laufe der ersten Hälfte der laufenden Legislatur abgeschlossen werden. Bei einigen Vorhaben zeigten die teilweise umfangreichen Analysen, dass die Effizienz der Verwaltung hoch ist und kaum Potenzial besteht, Einsparungen zu tätigen, ohne bedeutende Einschränkungen für die Bevölkerung vorzunehmen. Dies gilt für die Fahrzeugbeschaffung, für die grundsätzliche Organisation der Stadtverwaltung (Stichwort "Fünf statt sieben Stadträte"), für die Rückführung der Kosten auf das Niveau des Jahres 2000 ("Retro 2000") und für die Massnahmen zur beruflichen Integration von Personen, die Leistungen der Sozial- und Erwachsenenhilfe beziehen.

Bei einigen anderen Projekten konnten hingegen bedeutende Einsparpotenziale realisiert werden. Die Reorganisation der Alters- und Pflegeheime bringt eine Ergebnisverbesserung von rund 2 Millionen Franken jährlich, die Abgeltung von Leistungen für den Kanton eine solche von rund 2,8 Millionen Franken pro Jahr. Die msw-winterthur hat den Aufwandüberschuss nachhaltig um 1,6 Millionen Franken und die Stadtpolizei hat ihren Aufwandüberschuss per Budgetjahr 2008 gegenüber der Rechnung 2004 um rund 5 Millionen Franken jährlich gesenkt.

Per 1. Januar 2008 wurde von Bund und Kantonen die Gesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft gesetzt. Das Zürcher Stimmvolk hatte der NFA zugestimmt, obwohl der Kanton Zürich Nettozahlungen in hohem Ausmass tätigen muss. Bei der innerkantonalen Verteilung dieser zusätzlichen Lasten vermag das Ergebnis für die Gemeinden nicht ganz zu befriedigen, müssen sie doch rund einen Drittel der zusätzlichen Lasten selbst tragen. Für Winterthur bedeutet dies eine Mehrbelastung von ca. 10 Millionen Franken jährlich.

In die erste Hälfte der Legislatur fiel auch der neue Anlauf für eine Reform des Finanzausgleichs (REFA). Der Finanzausgleich hat für die Stadt Winterthur eminente Bedeutung. Im vom Regierungsrat Ende August 2007 zur Vernehmlassung vorgelegten Entwurf sind die wichtigsten Anliegen von Winterthur berücksichtigt. Der Zentrumslastenausgleich ist mit 84,5 Millionen Franken zwar am unteren Rande der von Winterthur berechneten Lasten dotiert, anerkennt aber erstmals offiziell die Lasten, die als Zentrum zu tragen sind. Auch ist die zentrale Forderung, dass insgesamt mindestens gleich viel Mittel nach Winterthur fliessen müssen wie heute, im vorliegenden Entwurf erfüllt. Der Stadtrat darf mit Genugtuung feststellen, dass die verschiedenen Berechnungen und Studien, die er zu diesem Thema angestellt und den für REFA verantwortlichen Stellen zur Kenntnis gebracht hat, zu überzeugen vermochten.

## **Sicherheit in der Stadt**

In den nächsten Jahren soll ein neues Polizeigebäude bezogen werden können. Um dessen Realisierung auf dem nördlichen Teil des heutigen Werkhofs Tiefbau neben dem Feuerwehrgebäude zu prüfen, hat der Stadtrat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Die räumliche Zusammenführung der Dienststellen der Stadtpolizei wird die innerbetrieblichen Abläufe vereinfachen und damit zur Optimierung der Dienstleistungen beitragen.

Die Dienstleistungen der Stadtpolizei orientieren sich heute an einer für die Sicherheitsbedürfnisse der Stadt Winterthur massgeschneiderten Strategie ("Stapo 2010"). Basierend auf einem Sanierungsauftrag des Stadtrats hat die Stadtpolizei im Rahmen des Projekts WINPOL ihre Organisation umfassend überprüft und teils neu strukturiert sowie ihre Kostenstruktur den Notwendigkeiten einer sparsamen Haushaltsführung angepasst.

Bei der Stadtpolizei wurde eine Abteilung Ermittlungsdienst geschaffen. Sie ermöglicht eine noch wirkungsvollere Verfolgung der urbanen Kleinkriminalität und trägt damit zum Erhalt beziehungsweise zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheit bei.

Der Jugenddienst der Stadtpolizei wurde mit zusätzlichen sieben Stellen personell erheblich verstärkt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Kriminalität und Vandalismus durch Jugendliche auch in Winterthur zu einem ernst zu nehmenden Problem geworden sind.

Künftig werden die Aspirantinnen und Aspiranten der Stadtpolizei in der Polizeischule der Kantonspolizei ausgebildet. Das erleichtert die Sicherung des Personalbestands, gewährleistet einen weiterhin hohen Ausbildungsstandard und reduziert Kosten.

Die Stadtpolizei wird an POLYCOM angeschlossen werden, ein gesamtschweizerisches Funknetz der Bevölkerungsschutzorganisationen. So wird bei Einsätzen ein bereichsübergreifender Alarmierungs- und Meldefluss gewährleistet werden können. Zusätzlich beteiligt sich die Stadtpolizei gemeinsam mit der Kantonspolizei, der Gebäudeversicherung Kanton Zürich, der Stadtpolizei Zürich und Schutz & Rettung Zürich am Projekt "Lage Zürich", das ein elektronisches Lagedarstellungssystem zur Führung von Sonderlagen beschaffen und implementieren soll.

Die zivile Gemeindeführung (ZGF) und zusätzlich die Blaulichtorganisationen Stadtpolizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sowie der Zivilschutz absolvierten jährlich zwei bis drei verschiedene Stabs- und Einsatzübungen, an denen auch Mitglieder des Stadtrates teilnahmen. Die gewonnenen Erkenntnisse fliessen in das Konzept zur Bewältigung von Notlagen ein.

Überhöhte Geschwindigkeit und Fehlverhalten an Strassenkreuzungen zählen zu den folgenschwersten Unfallursachen im Strassenverkehr. An besonders kritischen Unfallschwerpunkten wurden drei stationäre Geschwindigkeitsmessenstationen stationiert. Zudem werden deutlich mehr mobile Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt.

Die Kontrolle des ruhenden Verkehrs wurde teilweise aus der Stadtpolizei ausgelagert und im Auftragsverhältnis an ein Privatunternehmen vergeben. Das hilft Kosten sparen und gibt der Stadtpolizei die Möglichkeit, sich noch verstärkt auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Das Feuerwehrkonzept 2010 wird kontinuierlich umgesetzt. Im Auftrag und auf Kosten der Gebäudeversicherung Kanton Zürich nimmt die Berufsfeuerwehr Winterthur neu als regionales Kompetenzzentrum zusätzlich verschiedene Wartungs- und Unterhaltsarbeiten vor. Dafür erhält die Feuerwehr bis 2010 gestaffelt insgesamt neun neue Vollzeitstellen.

Der Zivilschutz unterstützt im Verbundsystem des Bevölkerungsschutzes seine Partnerorganisationen mit einem breiten Dienstleistungsangebot und leistet Einsätze zugunsten von Bewohnerinnen und Bewohnern von Alters- und Pflegeheimen.

## **Regionales Kompetenzzentrum Winterthur**

In verschiedenen Bereichen konnte Winterthur als regionales Zentrum weiter gestärkt werden. In regelmässigen Kontakten in diversen regionalen Gremien – z.B. der Regionalplanungsgruppe Winterthur und Umgebung (RWU), der Interessengemeinschaft "Region Ost" und der regionalen Verkehrskonferenz (rVK) – sowie in etlichen bilateralen Treffen zwischen den Exekutiven der Regionsgemeinden und dem Stadtrat fanden intensive Diskussionen zur interkommunalen Zusammenarbeit statt.

Das Rechenzentrum der Stadt Winterthur bedient derzeit 13 Gemeinden und 5 Werke, und 29 Gemeinden nutzen den städtischen Druck- und Verpackungsservice. Die Informatikdienste Winterthur sind im Markt anerkannt und können mit einem jährlichen Zuwachs von zwei Kunden für den Rechenzentrumsbetrieb sowie einer gesteigerten Nachfrage nach dem städtischen Druck- und Verpackungsservice rechnen.

Mit dem Scanzentrum Winterthur betreut das Steueramt Winterthur 102 der 171 Zürcherischen Gemeinden für das Scannen und Digitalisieren der Steuererklärungen mit deren Beilagen. Mitarbeitende der Grundsteuern schätzen für andere Gemeinden Grundstückgewinnbesteuerungen ein.

Im Asylbereich besteht mit den Gemeinden in den Bezirken Winterthur und Andelfingen eine gute Zusammenarbeit, die weitergeführt werden soll. Es wurde eine gemeinsame Suchtpolitik vereinbart, und neue Vereinbarungen über die Abgeltung der Leistungen im Suchtbereich wurden erarbeitet. Ziel ist es, bis Ende Legislatur viele der in der Suchtpolitik definierten Vorhaben umzusetzen und mit allen Gemeinden Verträge abzuschliessen.

Die Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte ist bei Angeboten von Massnahmen im Arbeitsmarkt regional gut positioniert. In nächster Zeit wird zu entscheiden sein, ob aktiv Aufträge von den Gemeinden der Region akquiriert werden sollen.

Eine "Arbeitsgruppe Pilotregion IKK Winterthur" erarbeitet unter Leitung der Stadtentwicklung die Grundlagen für den Entscheid, ob sich Winterthur als Pilotregion am Prozess zur Schaffung von Interkommunalkonferenzen beteiligen soll. Dank eines solchen Instruments könnten Agglomerationsprobleme in der Region Winterthur effizienter gelöst werden.

Die Feuerwehr Winterthur erfüllt im Rahmen ihrer Stützpunkttätigkeit und neuerdings als Kompetenzzentrum Material regionale und überregionale Aufgaben.

Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz ist im Auftragsverhältnis seit 2008 neu in 67 Gemeinden für die Lebensmittelkontrolle verantwortlich, das sind gegenüber dem Vorjahr 28 Gemeinden zusätzlich.

Mit dem Sportpass, einer Innovation des städtischen Sportamts, erhalten Interessierte aus Winterthur und der Umgebung ein Generalabonnement für die verschiedensten Sportanlagen in und um Winterthur. Seit 2006 ist das Freibad Elsau, seit 2007 das Freibad Schlatt und seit 2008 das Hallen- und Freibad Wiesendangen im Sportpass-Verbund.

Stadtwerk Winterthur erbringt seit Jahrzehnten vielfältige Leistungen (KVA, ARA usw.) in der Region. Neu wird seit Ende 2007 mit den Werkbetrieben Frauenfeld beim Energie-Contracting zusammengearbeitet, und die Tätigkeit der InstaControl AG konnte auf Frauenfeld als neue Aktionärin ausgedehnt werden. Die Wasserversorgung Hettlingen wird im Qualitätsmanagement unterstützt, und die Zusammenarbeit mit den Wasserversorgungen Dättlikon, Pfungen und Neftenbach konnte auf eine neue juristische Basis gestellt werden. Für die Gasversorgungen Pfungen und Wiesendangen werden anspruchsvolle Dienstleistungen erbracht.

Stadtbus Winterthur bedient seit Dezember 2007 in enger Koordination mit der Postauto Zürich AG die Linie Winterthur – Flaach – Rafz. Im Rahmen der regionalen Verkehrskonferenz (rVK) konnten deutliche Fahrplanverbesserungen per Dezember 2008 zu Handen der Entscheidgremien des ZVV verabschiedet werden. Mit demselben Ziel

wurde der Kontakt zu den benachbarten rVKs "Weinland" und "Winterthur-Land/Pfäfikon" gepflegt. Eine Studie zur genaueren Abschätzung der Marktpotenziale in Winterthur und den grösseren angrenzenden Gemeinden wurde bei der Firma asa AG in Auftrag gegeben und wird im Herbst 2008 vorgestellt werden können.

## **Verkehr bewältigen**

Eine Autobahn-Südostumfahrung ist für eine bessere Bewältigung des Verkehrs in der Stadt Winterthur zentral. Das regionale Gesamtverkehrskonzept Winterthur und Umgebung geht denn auch grundsätzlich von einer solchen Umfahrung aus. Der Stadtrat hat sich in verschiedenen Gremien für die Aufnahme der Südostumfahrung ins Nationalstrassenprogramm eingesetzt, und er wird diese Lobbyarbeit fortsetzen.

Der Regierungsrat hat 2006 im Gesamtverkehrskonzept des Kantons Zürich für den Raum Winterthur nicht die Südostumfahrung, sondern lediglich den Ausbau der bestehenden Autobahnumfahrung vorgesehen. Auch auf Intervention des Stadtrates hat der Kantonsrat im März 2007 diesen Entscheid der Regierung korrigiert und auch die Südostumfahrung im kantonalen Richtplan festgesetzt. Der Bundesrat hat bereits 2006 auf Begehren des Stadtrates die Südostumfahrung in den Sachplan Verkehr aufgenommen. Die eidgenössischen Räte werden auf Antrag des Bundesrates vermutlich in zwei Teilbeschlüssen 2008 und 2010 über die Aufnahme der Südostumfahrung ins Nationalstrassennetz entscheiden.

Betreffend der Bewältigung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs sind die Entscheidungsgrundlagen für eine Aufwertung der Zürcherstrasse und für die Realisierung einer tiefer gelegten Vogelsangstrasse in Arbeit. Für die Zürcherstrasse wurde eine Testplanung durchgeführt. Für die im Richtplan eingetragene tiefer gelegte Vogelsangstrasse wird die Zweckmässigkeitsprüfung aktualisiert.

Für das Parkhaus Wachterareal wurde die Baubewilligung erteilt. Infolge zweier Rekurse ist sie jedoch noch nicht rechtskräftig. Mit der Einführung des Parkleitsystems sind die verfügbaren Parkplätze um die Altstadt ersichtlich und können ohne Suchverkehr angefahren werden.

Im Raum Grüze ist eine umfassende Verkehrsstudie in Arbeit. Erste Ergebnisse werden 2008 vorliegen. Aufgrund dieser Studie werden bis 2010 verschiedene Massnahmen in der Grüze projektiert oder bereits umgesetzt sein. Im Zusammenhang mit der Sperrung der Scheideggstrasse zwischen St. Gallerstrasse und Kronauerstrasse infolge des KVA-Ausbaus wurde eine neue Verkehrsführung erarbeitet.

Die Behebung des Engpasses im Schienenverkehr zwischen Zürich und Winterthur ist zentral für eine bessere Anbindung der Stadt durch den öffentlichen Verkehr. Der Stadtrat setzt sich in verschiedenen Gremien dafür ein. Die Behebung des Engpasses ist teilweise im Programm über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur des Bundes enthalten.

Zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in der Stadt beigetragen haben die Einweihung der S-Bahn-Haltestelle Winterthur Hegi sowie verschiedene Massnahmen für die Busbevorzugung, wie zum Beispiel die separate Busspur Zürcherstrasse.

Für die Förderung des Langsamverkehrs wurden Projekte realisiert (Rad-/Gehweg längs der Bahn zwischen der Haltestelle Winterthur Hegi und der Else-Züblin-Strasse) oder sind in Vorbereitung (Veloverbindung zwischen Turmhaldenstrasse und Frohbergstrasse). Die Teilprojekte im Rahmen der Masterplanung Stadtraum Bahnhof sind vorwiegend Vorhaben, die eine Attraktivitätssteigerung für den Langsamverkehr und den öffentlichen Verkehr zum Ziel haben.

## **Energiestadt und Klimaschutz**

Bei der Rezertifizierung als Energiestadt gewann Winterthur den European Energy Award Gold. Das Aktivitätenprogramm Energie wird jährlich aktualisiert. Die laufende Überprüfung zeigt, dass die meisten Aktivitäten planmässig vorankommen. Die Energieplan-Revision soll im Hinblick auf die Gold-Rezertifizierung 2011 im Laufe des Jahres 2008 in Angriff genommen werden.

2007 wurde der Klimafonds Stadtwerk Winterthur errichtet. Die aus freiwilligen Beiträgen geäußneten Mittel werden zur Förderung wirkungsvoller Massnahmen zum Klimaschutz oder zur Steigerung der Energieeffizienz eingesetzt.

Die Zusammenarbeit mit KMU-Betrieben erfolgt unter anderem im Rahmen des Pilotprojektes "KMU-Programm EnergieEffizienz" sowie mit dem Angebot zur Mobilitätsberatung für Unternehmen. Das KMU-Programm ist erfolgreich und wird 2009 als stehendes Angebot von Stadtwerk weitergeführt.

Der Gebäudestandard 2008 für energiesparendes und umweltgerechtes Bauen wurde erlassen. Er wird bei konsequenter Umsetzung das Audit-Resultat im Bereich "Kommunale Gebäude und Anlagen" verbessern.

Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie Klimafonds Stadtwerk Winterthur haben 2008 gemeinsam eine Solardachkampagne gestartet mit dem Ziel, innerhalb von 18 Monaten 100 zusätzliche thermische Solaranlagen zu realisieren. Damit wird ein weiterer Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion geleistet.

Im Vordergrund des dreijährigen Massnahmenprogramms "clevermobil" steht die Bewusstseinsbildung für die jeweils optimale Verkehrsmittelwahl. Die Marke "clevermobil", der Startevent und die Internet-Drehscheibe wurden erfolgreich lanciert. Das Massnahmenprogramm wird jährlich aktualisiert.

Die städtischen Ämter und Bereiche rüsten neue, mit Diesel betriebene Geräte und Motoren ab einer Leistung von 18 kW mit Partikelfilter aus. Bei Hoch- und Strassenbauvorhaben der Stadt Winterthur und bei Grabungen der städtischen Werkeigentümer wird für die Baustellen die strengere, von der Grösse der Baustelle unabhängige Massnahmenstufe für verbindlich erklärt.

Die lokalen Möglichkeiten zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Handlungsbedarf besteht im Bereich Gebäudepark (hoher Anteil sanierungsbedürftiger Bauten mit negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen) sowie Mobilität (Zunahme des Motorfahrzeugbestandes sowie der auf Stadtgebiet gefahrenen Kilometer mit negativen Auswirkungen auf den Klimaschutz und die lokale Luftqualität).

Winterthur nimmt als Energiestadt und KlimaBündnis-Stadt Schweiz eine aktive Rolle in den jeweiligen Netzwerken ein. Diese Einbindung ermöglicht einen Erfahrungsaustausch, national koordinierte Aktivitäten und die Teilnahme an Vernehmlassungsverfahren zu umweltrelevanten Themen.

## **Umsetzung der Wohnungspolitik**

Der Neuwohnungsbau verlief in den vergangenen Jahren sehr rege – Winterthur ist als Wohnort attraktiv. In erster Priorität wurde auf eine hohe Qualität der Neubauten hingewirkt. Dies erfolgte durch die Aufwertung von Standorten (z.B. Entwicklungsgebiet Oberwinterthur) und deren Promotion (z.B. Investorentag), durch gestalterische Anforderungen und Wettbewerbsverfahren in Zusammenarbeit mit Bauherren (z.B. Überbauung Schlosstal) oder soweit möglich über die Abgabe städtischen Landes für entsprechende Projekte (z.B. Zelgli, Tägemoos, Schenkelwiese, Zeughausareal). Der registrierte Anstieg des Anteils der gewünschten Segmente an den neu bewilligten

Wohnungen bestätigt die Wirksamkeit dieses Vorgehens, weshalb die kontinuierlichen Anstrengungen in diese Richtung weitergetrieben werden.

Für die Qualität des Wohnungsangebots insgesamt erlangt mit zunehmender Alterung des Gebäudebestands dessen Sanierung und Anpassung an die heutigen Bedürfnisse eine immer grössere Bedeutung. Eine Analyse der Menge und Art der sanierungsbedürftigen Wohnungen in Winterthur hat grossen Handlungsbedarf aufgedeckt. Die tief greifende Sanierungstätigkeit bis hin zum Abbruch und Neubau qualitativ schlechter Gebäude soll daher gefördert werden. Der Stadtrat wird sich in diesem Sommer mit einem Massnahmenpaket befassen, um die verschiedenen Liegenschaftsbesitzenden für die Problematik zu sensibilisieren und bei entsprechenden Projekten, soweit möglich, zu unterstützen. Damit soll der Boden für eine intensivierete Bestandserneuerung in den nächsten Jahren geebnet werden.

Zum Thema Wohnen im Alter wird in Zusammenarbeit mit der Altersplanung angestrebt, das Wohnungsangebot möglichst flächendeckend altersgerecht auszugestalten, damit Umzüge in stationäre Einrichtungen weniger notwendig werden. Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus kann dies vor allem über Informationsarbeit geschehen. Spezielle Angebote an Alterswohnungen mit gewissen Dienstleistungen sollen weitergehende Bedürfnisse abdecken und möglichst in jedem Stadtteil zur Verfügung stehen. So wird beispielsweise das städtische Grundstück am Kastellweg in Oberwinterthur zusammen mit der Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen (GAIWO) in diese Richtung entwickelt. Dabei wird das bestehende Angebot um ein höheres Segment ergänzt, welches die auch bei der älteren Bevölkerung gewandelten Ansprüche erfüllt. Wo sinnvoll, wird zudem versucht, private Bauherrschaften von der Erstellung derartiger Angebote zu überzeugen.

Mit dem Wachstum der ZHAW steigt auch der Bedarf an speziellen Wohnangeboten für Studierende. Unter anderem mit der Eröffnung des Studentenwohnheims Camp Maximus konnte der Verein swowi (Studentischer Wohnraum in Winterthur) die Anzahl Plätze über die letzten Jahre mit Unterstützung der Stadt stark erhöhen. Diese Entwicklung soll weiter gefördert werden. Auf einem städtischen Grundstück an der Unteren Brüggerstrasse im Tössfeld ist ein weiteres Projekt für studentisches Wohnen in Erarbeitung. Verfügt die Stadt über besonders günstigen Wohnraum in eigenen Liegenschaften, kann dieser ebenfalls Studierenden, oft aber auch gezielt für Menschen in vorübergehenden Notsituationen zur Verfügung gestellt werden.

### ***Entwicklungsimpuls Töss***

Nach der öffentlichen Zukunftskonferenz im Mai 2005 erarbeiten acht Arbeitsgruppen aus Vertreterinnen und Vertretern des Quartiers verschiedene Projektvorschläge für die Aufwertung des Stadtteils. An der Schlussveranstaltung vom 28. Juni 2006 nahm der Stadtrat zu den Projektvorschlägen Stellung und startete die Umsetzung.

Die Umsetzung der Teilprojekte verläuft überwiegend nach Plan. Ein wichtiger Erfolg war die Einrichtung des Gemeinschaftszentrums Töss mit der neuen Aussenstelle der Quartierentwicklung. Weitere Teilprojekte wie die Aufwertung des Reitplatzes befinden sich in der konkreten Planung, der Ausbau von Rad- und Wanderwegen wurde wo möglich in die Wege geleitet, und erste kleinere Massnahmen im Bereich Spiel- und Sportplätze wurden bereits realisiert.

Für die Entwicklung des Gebiets Zürcherstrasse liegen die Ergebnisse der Testplanung vor. Der Stadtrat, das Beurteilungsgremium und die beteiligten Quartiervertreter/innen beurteilen sie positiv. Die gemeinsame Stossrichtung gilt es, im Rahmen einer breiten Vernehmlassung und durch Vertiefungsarbeiten noch zu konkretisieren. Ausgehend davon wird der Stadtrat voraussichtlich Anfang 2009 über die Realisierung der Vorschläge entscheiden.

Ein weiteres wichtiges Teilprojekt ist die Zukunft des Gebäudekomplexes "Zentrum Töss". Obwohl sich der Stadtrat auf verschiedenen Ebenen für eine Lösung einsetzt, ist die Zukunft des Zentrums heute noch ungewiss.

Das Quartier wird laufend an der Umsetzung der Projekte beteiligt. Mit dem Vorstand der Dachorganisation "Tösslobby" finden regelmässige Gespräche statt. In den Beilagen zur Quartierzeitung "De Tössemer" wird periodisch über das Projekt berichtet.

Trotz den Teilerfolgen und dem Einbezug der Quartierbevölkerung hat der Vorstand der Tösslobby deutlich gemacht, dass das Vertrauen in die Umsetzung und Arbeit der Verwaltung nicht optimal ist. Als Gründe werden die Verfallserscheinungen beim Zentrum Töss, die Nichtverhinderung des Burger-Kings, der nicht in allen Teilen befriedigende neue Fahrplan von Stadtbuss, verfallende Häuser und die Einzonung Brühlberg angeführt. Offensichtlich ist es noch nicht gelungen, das im Vergleich mit anderen Quartieren grosse Engagement der Verwaltung ausreichend deutlich zu machen. Der Stadtrat geht grundlegende und aktuelle Probleme aktiv mit der Tösslobby an. Ein nächster Meilenstein in diesem Austausch ist die Teilnahme des gesamten Stadtrates an einer öffentlichen Veranstaltung in Töss am 28. Oktober 2008.

Auf Ende der Legislaturperiode wird ein Evaluationsbericht zum Entwicklungsimpuls Töss erstellt, der als Grundlage dienen wird für die Diskussion über die Durchführung ähnlicher Prozesse in anderen Stadtteilen.

## ***Immobilienmanagement***

Die Stadt Winterthur verfügt über ein grosses Portefeuille von Liegenschaften im Finanzvermögen. Die Qualität entspricht allerdings nicht einem reinen Anlageportfolio und belastet die Laufende Rechnung beträchtlich. Die Liegenschaftenverwaltung hat deshalb ein Konzept erarbeitet, um das Portefeuille schrittweise zu bereinigen, mit dem Ziel, die Laufende Rechnung nachhaltig zu entlasten. Der Verkauf von nicht rentablen Liegenschaften, für welche keine bedeutende Planungs- und Entwicklungsstrategie besteht, soll mit Augenmass weitergeführt werden.

Sodann ist die Liegenschaftenverwaltung dafür besorgt, die im Portefeuille verbleibenden Liegenschaften laufend so zu unterhalten, dass deren Substanz und Ertrag nachhaltig gesichert werden. Die umfassende Renovation des Schlosses Wülflingen wird im September 2008 beendet, die Umgebungsarbeiten können 2009 abgeschlossen werden. Der Stadtrat hat die Kritik im Zusammenhang mit der Gebundenheitserklärung des Kredites aufgenommen und beabsichtigt insbesondere, die Informationstätigkeit künftig zu optimieren.

Beim Erwerb neuer Liegenschaften für das Finanzvermögen ist die Liegenschaftenverwaltung aktiv mit möglichen Anbietern in Kontakt getreten und hat deren Angebote geprüft. Das Projekt "Überbauung Schillerpark" mit zwei Mehrfamilienhäusern und zwölf Wohneinheiten erfüllte die definierten Kaufkriterien, so dass die Stadt Winterthur die beiden Liegenschaften mit deren Bauvollendung im Januar 2008 erworben hat. Die Erstvermietung der neuen Wohneinheiten Anfang Mai 2008 war erfolgreich. Die Wohnungen sind im Mittelpreissegment angesiedelt, was der angestrebten Wohnungspolitik des Stadtrates entspricht. Zudem ermöglicht dieser Kauf eine sinnvolle Unterstützung der Entwicklung im Stadtteil Töss, die ein wichtiges Anliegen der Stadtentwicklung darstellt.

In der ersten Hälfte der Legislatur wurde der Kauf der Halle 710 am südlichen Rand des im Entstehen begriffenen Eulachparkes in Oberwinterthur beschlossen. Die Stadt sicherte sich mit dem Erwerb dieses Grundstücks einen strategischen Wert an der zukünftigen Fussgängerachse zwischen Bahnhof Oberwinterthur und Sulzerallee/Bahnhof Hegi.

Bei den meisten Landwirtschaftsbetrieben der Stadt Winterthur sind die Voraussetzungen für eine Existenz sichernde Bewirtschaftung nicht mehr gegeben. Die Stadt hat deshalb alle zwölf Pachtbetriebe einer eingehenden Prüfung unterzogen und eine Strategie entwickelt, wie die Betriebe in Zukunft erhalten und gefördert werden sollen. In den kommenden Jahren sollen drei Betriebe aufgelöst, zwei weitere Betriebe auf Bio umgestellt und die übrigen Betriebe modernisiert und zum Teil vergrössert werden. Dazu sollen rund sechs Millionen Franken in die Infrastruktur investiert sowie eine Flurbereinigung durchgeführt werden.

Das Projekt "Zentrales Immobilienmanagement" (ZIM) hat zum Ziel, alle immobilienbezogenen Leistungen in einem Kompetenzzentrum zusammenzuführen. Damit soll eine nachhaltige Steigerung der Effizienz und Werthaltigkeit des städtischen Immobilienportfolios erreicht werden. Das Projekt wird in drei Phasen konkretisiert, wobei der Stadtrat nach jeder Phase auf Grund einer Nutzwertanalyse über die Fortführung des Projektes entscheiden kann.

Die Phase 1 "Ist-Analyse und Grobkonzept ZIM" wurde im Mai 2007 mit einem Zwischenbericht abgeschlossen, und der Stadtrat hat 14 Zielsetzungen und 17 Handlungsfelder genehmigt. Die Phase 2 "Erstellung Strategie und Konzept ZIM" hat der Stadtrat im Sommer 2007 freigegeben. In einem ersten Schritt hat er im Juni 2008 die wesentlichen Grundsätze beschlossen, welche die Basis für die effiziente und zielgerichtete Weiterbearbeitung des Projektes ZIM bilden. Diese Vorschläge sind vorgängig von den Departementen im Rahmen einer Vernehmlassung grundsätzlich positiv aufgenommen worden. Die Projektleitung ZIM wird nun den vom Stadtrat beschlossenen, ersten Teil der Phase 2, vor allem im kaufmännischen Gebäudemanagement, umsetzen. Im Zuge dieser Arbeiten soll auch die Organisationsstruktur der heutigen Liegenschaftenverwaltung angepasst werden. Die Phase 3 wird die Planung der operativen Umsetzung der Massnahmen auf allen Stufen sowie eine Dokumentation aller Prozessfelder beinhalten.

### ***Chancengleichheit in der Bildung***

Die sozio-ökonomische Situation der Familie spielt in der Schweiz eine zentrale Rolle für den Schulerfolg der Kinder. Kinder von Eltern aus sozial unterprivilegierten, bildungsfernen Schichten weisen oft bereits beim Eintritt in den Kindergarten einen Rückstand auf. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass es der Schule später meist nicht mehr gelingt, diesen Rückstand zu kompensieren.

Gezielte Fördermassnahmen setzen deshalb bereits im Vorschulalter ein und wollen erreichen, dass Eltern Verantwortung übernehmen und in ihrer Erziehungsarbeit gestärkt werden. Anfangs 2008 wurde in Winterthur das Projekt "schritt:weise" gestartet, mit dem albanische Familien mit Kleinkindern unterstützt werden. Zentraler Baustein des Projekts sind Hausbesuche, bei denen die Mütter angeleitet werden, mit ihrem Kind zu interagieren, zu sprechen, es in ihre alltäglichen Handlungen einzubeziehen. Der Familie wird ein Set mit altersgerechten Spielsachen abgegeben, und die Mütter lernen, wie sie dem Kind Bilderbücher erzählen, Spiele mit ihm spielen oder kleine Bastelarbeiten ausführen können.

Ein Konzept "Frühförderung Winterthur" hat zum Ziel, die städtischen, kantonalen und privaten Fachstellen und Angebote, welche sich an die Zielgruppe der Kinder im Vorschulalter richten, zu koordinieren und zu vernetzen und die Eltern einzubeziehen.

Familienergänzende Kinderbetreuung in der Kinderkrippe, aber auch beispielsweise Spiel- und Krabbelgruppen, haben einen nicht zu unterschätzenden Wert für die Unterstützung von Kindern, deren Eltern selber nicht in der Lage sind, sie in ihrer Entwicklung genügend zu fördern. Die Kinder werden hier in ein soziales Umfeld eingefügt und trainieren im Spiel ihre motorischen, sozialen und intellektuellen Fähigkeiten.

Seit Ende 2005 konnten die subventionierten Plätze in Kinderkrippen um 72 auf 273 ausgebaut werden. (Die Gesamtzahl Plätze nahm um 210 auf 664 zu.)

Eine professionelle Betreuung im Schulalter verbessert die Wirkung der vorschulischen Massnahmen, sei dies im Kinderhort oder in der zukunftsgerichteteren Betreuungsform, der Tagesschule. Diese vereint Schule und Betreuung unter einem Dach. 2006 konnte in Winterthur mit der Unterstützung des Grossen Gemeinderats ein Pilotprojekt in zwei Tagesschulen gestartet werden. In Kinderhorten und Tagesschulen der Primarschule konnten seit August 2006 dem Bedarf entsprechend 273 neue Plätze geschaffen und die Gesamtzahl auf 925 Plätze erhöht werden.

Die Umsetzung der Schulreformen, welche durch das kantonale Volksschulgesetz vom Juni 2005 ausgelöst wurden, dominiert auch Mitte der laufenden Legislatur das Schulwesen in Winterthur. Die strukturellen Reformen sind weitgehend umgesetzt: Ab August 2008 sind alle Winterthurer Schulen geleitet, was die Kreisschulpflegen von operativen Tätigkeiten entlastet. Eine Behördenreorganisation ist in Planung. Die Modellvorschläge befinden sich in der politischen Diskussion. Eine Volksabstimmung über die Änderung der Gemeindeordnung ist auf Herbst 2009 geplant.

### ***Perspektiven für die Jugend***

Mit dem Projekt "Trampolin" wurde ein neues Angebot für Jugendliche und junge Erwachsene an der Schwelle zwischen Schule und Beruf geschaffen. Es ist sozialpädagogisch ausgerichtet und hat den Einstieg in die Arbeits- und Bildungswelt oder in ein Integrationsprogramm zum Ziel. "Trampolin" bietet 25 Plätze für Jugendliche und junge Erwachsene und wird vom Sozialdepartement gemeinsam mit der Hilfsgesellschaft getragen.

Bei den Sozialen Diensten wurde eine Fachstelle für junge Erwachsene eingerichtet und auf das Jahr 2008 bereits ausgebaut. Sie soll kontinuierlich weiterentwickelt und der grossen Nachfrage angepasst werden.

Für schulisch schwache Jugendliche wurden zusätzliche Basislehrplätze (Attestausbildungen) geschaffen. Im Restaurant Römerpark stehen seit kurzem 15 Plätze für Restaurations- und Küchenangestellte zur Verfügung.

Mit der Reform der Brückenangebote, d.h. der zehnten Schuljahre, soll der Einstieg in eine Berufslehre verbessert werden. Die Neuorientierung der Berufswahlschule, der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule und der Werkjahrschule wurde eingeleitet. Die Zusammenarbeit mit dem Lehrstellenmarkt wurde verstärkt. Mittels eines neu entwickelten Berufswahlfahrplans werden die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Lehrpersonen und die Lehrstellen anbietenden auf den Übergang von der Oberstufe in die Berufswelt vorbereitet.

Ein Lehrstellenmarketing wurde eingerichtet. Seit Frühling 2008 ist ein Lehrstellenförderer damit beauftragt, insbesondere Lehrstellen mit Eidgenössischem Berufsattest (EBA) in Gewerbe und Verwaltung zu generieren. Initiiert worden war das Lehrstellenmarketing durch Schülerinnen und Schüler, die im Rahmen des "Projekts Töss" 100 neue Lehrstellen gefordert hatten.

## **Soziale und berufliche Integration**

Im Sozialdepartement ist ein Steuerungsausschuss "Arbeitsintegration" gebildet worden. Die Arbeit an einer "Strategie Arbeitsintegration" wurde aufgenommen. Die Strategie soll bis 2010 umgesetzt sein. Die Zusammenarbeit zwischen den Sozialen Diensten und der Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP) wurde weiter verbessert.

Im Rahmen des Programms "Haushaltsanierung 2007" wurde das Projekt "Arbeitsintegration und Arbeit statt Fürsorge" lanciert. Verschiedene Teilprojekte konnten abgeschlossen werden.

Die Schaffung von Teillohnstellen in der Privatwirtschaft durch die KAP wurde von einer Pilotphase in ein ständiges Programm überführt. 20 Teillohnstellen können dank eines Beschlusses des Stadtrates in der Stadtverwaltung angeboten werden. Ebenfalls durch Mitwirkung der Stadt erfolgte eine zusätzliche Erhöhung des Angebotes an Teillohnstellen bei der Gründung der Dock Winterthur AG, einer Tochterfirma der Stiftung für Arbeit St. Gallen, in Kooperation mit den Gemeinden des Bezirks Winterthur-Land. Ende Mai 2008 bestanden 100 Teillohnstellen in der Wirtschaft, in externen Sozialfirmen, in der Stadtverwaltung und in KAP-Betrieben.

Von der KAP wurde das neue Angebot "Kompass" geschaffen. Es bietet 15 Plätze für Erwachsene für eine einmonatige Abklärung der beruflichen und persönlichen Situation. Das Angebot Work-in zur Förderung der beruflichen Integration wurde leicht ausgebaut.

Das kantonale Projekt MAMAC der Interinstitutionellen Zusammenarbeit IIZ läuft in Winterthur unter Mitwirkung der Sozialen Dienste. MAMAC (Medizinisch-Arbeitsmarktliche Assessments mit Case Management) will Personen mit komplexen Mehrfachproblematiken dank einer Zusammenarbeit von Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe künftig rascher wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

In einer Studie von Econcept wurden der finanzielle Nutzen und die Wirksamkeit von Massnahmen zur Arbeitsintegration analysiert. Die Studie zeigt, dass die Programme für Sozialhilfebeziehende eine hohe Wirkung haben und sich für die Stadt auch finanziell lohnen.

Das Angebot an niederschweligen Beschäftigungsmöglichkeiten konnte ausgebaut werden. An der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 wurde die Ausweitung des Tagelohn-Programms des Vereins Läbesruum gutgeheissen.

Im Rahmen des Projekts "Merkur" wurde das Angebot für Tagesstrukturen für randständige Personen in der Drogenanlaufstelle erweitert. Für die Drogenanlaufstelle soll ein neuer Standort gefunden werden, welcher den Bedürfnissen sowohl der Randständigen als auch der Bevölkerung besser gerecht wird.

## **Altersplanung**

In den städtischen Alterszentren wird das Angebot in Richtung Pflege angepasst, damit Pflegebedürftige in jedem Heim aufgenommen werden können. Zudem wurden neue Angebote realisiert, die durch die Stadt teilweise unterstützt werden: Eröffnet wurden zwei neue Pflegewohngruppen mit je acht Plätzen durch den Verein Pflegewohngruppen und ein neues Wohnangebot von der Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen GAIWO.

Verstärkte Anstrengungen sollen unternommen werden, um Private für Investitionen im Bereich Alterswohnen zu gewinnen. Bis 2010 sollen Wohnbauvorhaben im Altersbereich absehbar werden.

Der Stadtrat hat mit der Verabschiedung eines Massnahmenplans die Altersplanung näher bestimmt. Als Folge wurde der Demographiebericht 07 verfasst, und gestützt auf diesen erfolgte die Festsetzung von strategischen Leitlinien durch den Stadtrat. Der Massnahmenplan soll weiter umgesetzt werden, insbesondere das Projekt "Quartierbezogene Wohnkonzepte".

Die Gesamtsanierung des Alterszentrums Adlergarten wurde anhand der Vorgaben des Masterplans Heime konkretisiert. Insbesondere wurde das Raumkonzept unter Berücksichtigung der Nutzerbedürfnisse optimiert. Bis 2010 soll die Projektierungsphase abgeschlossen und eine Volksabstimmung durchgeführt sein.

Bei der Spitex wurde der Personalbestand laufend an den steigenden Bedarf angepasst. Im Rahmen des Programms "Haushaltsanierung 2007" wurde die Haushilfe der Pro Senectute in die Spitex integriert. Mit der "Spezialspitex" für Kinder und Onkologie wurden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Zudem unterstützte die Stadt die GAIWO bei der Umsetzung des Konzepts "Gaiwo plus" zur Unterstützung von betagten Menschen durch betreutes Wohnen.

Die Stadt strebt Leistungsvereinbarungen mit konfessionellen Spitex-Vereinen an und will private Angebote für betreutes Wohnen fördern. Bis Ende Legislatur soll eine weitere Differenzierung im Rahmen der Strategie "ambulant vor stationär" erfolgen.

### **Natur- und Erholungsräume aufwerten**

Der Stadtrat konnte am 28. November 2007 eine wesentliche Ergänzung des kommunalen Naturschutzinventars beschliessen. Das Inventar wurde um 18 Naturschutzobjekte mit einer Gesamtfläche von 552 Aren und 8 Landschaftsobjekte ergänzt und umfasst neu 211 Objekte. Es ist vor allem der guten Kooperation mit der Land- und Forstwirtschaft zu verdanken, dass so viele neue Objekte inventarisiert werden konnten.

Nachhaltige Waldwirtschaft bezieht sich heute nicht mehr ausschliesslich auf die Holzproduktion, sondern auch auf die ökologischen und sozialen Leistungen eines gepflegten Waldes. Dazu hat der Forstbetrieb Winterthur mit Unterstützung des Kantons Förderungsprojekte für seltene, ökologisch wertvolle Baumarten wie Eibe und Eiche, für die Pflege lichter Wälder und für die Aufwertung ökologisch wertvoller Waldränder ausgearbeitet.

Die erste Etappe des Eulachparks ist im Bau, die zweite in der Projektierungsphase. Das Gerinne der Eulach wurde aufgewertet und naturnah gestaltet. Die Umgestaltung des Juchparks wurde abgeschlossen.

Für die Stadtteile Töss sowie Brühlberg-Tössfeld wurden Freiraumkonzepte erarbeitet. Die Umsetzung des Alleenkonzpts als wichtiger Teil der Vernetzung von Grünräumen wurde fortgeführt, und rund 150 zusätzliche Alleenbäume wurden gepflanzt.

Das Verkehrskonzept für den Wildpark Bruderhaus wurde erstellt und ist in Umsetzung. Die Wolfsanlage wurde im Sommer 2008 fertiggestellt, das Baugesuch für die Przewalski-/Mufflonanlage wird vorbereitet.

Der Stadtrat hat einen Projektierungskredit für das Vorhaben Hochwasserschutz, Naturschutz und Erholungsgebiet Walcheweiher freigegeben, die Umsetzung ist ab 2009 vorgesehen. Die Erweiterung der Mammutbaumallee wurde im Mai 2008 beschlossen.

Die Vorstudie für eine Aufwertung des Reitplatzes in Töss ist abgeschlossen. Der Landerwerb ist geregelt, und der Gestaltungsplan sollte noch im Herbst 2008 öffentlich aufgelegt werden können. Bei der Zeitplanung für die Realisierung wurde hingegen die Komplexität der verschiedenen Verfahren unterschätzt, so dass mit einer Verzögerung von bis zu einem Jahr zu rechnen ist. Die geplante neue Tössbrücke

und damit auch das neue Verkehrsregime sollten nach neuer Beurteilung 2010 realisiert werden können. Für das Gütli in Veltheim ist ein Entwicklungskonzept vorhanden, die Umsetzung ist abhängig von der Realisierung einer Reithalle im Lantig als Ersatz für den Reitplatz Gütli.

Der Waldlehrpfad Seemer Tobel wurde mit ehrenamtlicher Unterstützung neu erstellt, angrenzende lichte Wälder und Rietwiesen wurden aufgewertet, neue Biotope angelegt und ins Naturschutzinventar aufgenommen. Im Rahmen von Nassstandort-Konzepten wurden im Eschenberg fünf neue Biotope angelegt, und ein bestehendes Biotop wurde verbessert. Im Lindberg wurde ein zusätzliches Biotop auf dem Gebiet der Holzkorporation realisiert und ins Naturschutzinventar aufgenommen, ein weiteres ist in Planung.

Vermehrt bereiten in Feld und Wald die so genannten Neophyten (eingeschleppte Pflanzen, welche oft schützenswerte, einheimische Pflanzen verdrängen) grosse Sorgen. Die Fachstelle Naturschutz koordiniert verschiedene Bekämpfungsmassnahmen, bei welchen auch Freiwillige wertvolle Unterstützung leisten.

### ***Kulturmeile Winterthur***

Es sind qualitative (Museumskonzepte), infrastrukturelle (Sanierung und Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes) sowie städtebauliche Massnahmen (Stadtlicht, Fussgängerleitsystem) eingeleitet worden.

Die Stadt hat Dr. David Streiff beauftragt, ein Museumskonzept zu entwickeln, das den Kunstsammlungen der Stadt Winterthur zu einer ihrer Bedeutung angemessenen öffentlichen Wahrnehmung verhilft. Es zeigt auf, wie die inhaltlichen Profile geschärft und wie auf betrieblicher Seite eine gesamthafte Professionalisierung durch eine Neuorganisation herbeigeführt werden kann.

Es besteht eine komplexe Ausgangslage mit historisch gewachsenen Strukturen, heterogenen Trägerschaften und unterschiedlichen Graden von öffentlich-privaten Partnerschaften. Ein gesondertes Problemfeld sind zudem Einschränkungen durch Stiftungsurkunden. Der Stiftungsrat der Stiftung Oskar Reinhart hat die Änderung der Stiftungsurkunde mit dem Ziel einer höheren Flexibilität in der Ausstellungsgestaltung beantragt.

Geprüft wird, in welcher Form die Sammlung Oskar Reinhart "Am Römerholz" sowie die Stiftung für Kunst, Kultur und Geschichte (SKKG) ins Gesamtkonzept einbezogen werden können. Mit der SKKG hat die Stadt eine Absichtserklärung unterzeichnet, wonach die Stiftung die Kunstinstitutionen in der Stadt bei Leihgaben bevorzugt behandelt. Weiter wird geprüft, ob für die Unterbringung der Gemäldesammlung der SKKG ein weiteres Museum eingerichtet werden soll. Zur Debatte steht insbesondere eine Unterbringung der Sammlung im Altstadtschulhaus, das ebenfalls an der Kulturmeile liegt.

Bis zum Jahr 2010 sollen die neue Organisation und die inhaltliche Ausrichtung der einzelnen Häuser feststehen; die erforderlichen baulichen und infrastrukturellen Massnahmen sollen sich konkretisiert haben.

Für das Museum Lindengut, das am Ende der Kulturmeile liegt, muss gemäss dem Kulturleitbild aus dem Jahr 2003 ein neues Betriebskonzept entwickelt werden. Gleichzeitig soll geprüft werden, wie die Schlösser Hegi und Mörsburg einbezogen werden können.

Der Stadtrat wird hier das weitere Vorgehen im Herbst 2008 festlegen. Um das Schloss Hegi rasch einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird der Schlossgarten ab Frühling 2009 geöffnet. Es werden infrastrukturelle Massnahmen in

Absprache mit der Stadtgärtnerei, der Quartierentwicklung und dem Ortsverein Hegi getroffen.

Die Arbeiten für die Sanierung und die Erweiterung des Museums- und Bibliotheksgebäudes schreiten planmässig voran. Baubeginn ist im Herbst 2008. Im Sommer 2008 erfolgt der Umzug der Sondersammlungen und der Studienbibliothek, die Wiedereröffnung im Provisorium erfolgt am 1. September 2008. Das Kunstmuseum Winterthur bleibt vom Dezember 2008 bis Frühling 2010 geschlossen; es geht mit seinen Hauptwerken auf Tournee nach Deutschland und Italien. Das Naturmuseum führt seinen Betrieb während der Bauphase normal weiter. Die Sanierungs- und Erweiterungsarbeiten sind im Herbst 2010 abgeschlossen.

### ***Stadtlicht Winterthur***

Der Stadtrat hat im Juni 2008 das Konzept "Stadtlicht" für die öffentliche Beleuchtung von Winterthur verabschiedet. Das Leitbild zielt auf die Verbesserung einerseits des Gesamtbildes und andererseits der Ausstrahlung der Stadt nach innen und aussen. Die Aufwertung der intensiv genutzten öffentlichen Plätze, Anlagen und Parks ist ein weiteres Ziel. Nebst der Initiierung und qualitätvollen Realisation von öffentlichen und privaten Beleuchtungsprojekten ist das Gesamtkonzept eine wichtige Grundlage für die täglichen Unterhalts- und Erneuerungsaufgaben der öffentlichen Beleuchtung durch Stadtwerk Winterthur. Mit dem Konzept wird den technischen Entwicklungen und den gestiegenen Ansprüchen an die Nutzung und Gestaltung der öffentlichen Räume Rechnung getragen.

Das Gesamtkonzept ist in sieben Leitthemen mit starker Anlehnung an die Positionierungsstrategie der Stadt Winterthur gegliedert. Unter dem Leitthema Nachverschmutzung resp. "Dark Sky" wird den Anliegen an einen nachhaltigen, die Umwelt und Energie schonenden Einsatz von Licht optimal Rechnung getragen.

Die Umrüstung der Altstadtleuchten mit wesentlichen Vorteilen hinsichtlich Energieeffizienz und Stadtgestaltung soll noch 2008 flächendeckend realisiert werden. Die Ausarbeitung von Pilotprojekten startete mit dem Eulachpark im Entwicklungsgebiet Oberwinterthur, wo das erste Pilotprojekt im November 2008 eingeweiht wird. Für vier weitere Pilotprojekte (Kulturachse, Kesselhaus, Storchenbrücke und Zentrum Rosenberg) wurde basierend auf dem Gesamtkonzept ein öffentlicher Wettbewerb durchgeführt. Neu an diesem Verfahren war auch die Zusammenarbeit mit privaten Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern.

Die weitere Realisierung von Projekten erfolgt schrittweise nach Auswertung der Erfahrungen der ersten Pilotprojekte. Die Umsetzung kann flexibel und mit Rücksicht auf die vorhandenen Mittel vorgenommen werden.

Über das Projekt "Stadtlicht" wurde anlässlich der Internationalen Lichttage 2007 umfassend informiert.

### ***Kundenorientierte Verwaltung***

Das Projekt "Fokus" zur örtlichen Zusammenführung von grossen Teilen der Stadtverwaltung befindet sich in der Variantenprüfung. Der Grosse Gemeinderat hatte am 24. September 2007 den Antrag des Stadtrates für die Konzentration der Stadtverwaltung auf dem Archareal zurückgewiesen mit dem Auftrag, Alternativstandorte und Varianten mit Teilzentralisierungen vorzuschlagen. In der zweiten Jahreshälfte 2008 wird der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat eine neue Vorlage zu "Fokus" vorlegen.

Das zentrale Weiterbildungsangebot in der Stadtverwaltung enthält auf die Optimierung des Umgangs mit der Kundschaft ausgerichtete Kurse. Ergänzende Kurse werden bei einzelnen Organisationseinheiten unter Mitwirkung des Personalamts durchgeführt.

Der Stadtrat hat im November 2007 Grundsätze für prioritäre Projekte und Massnahmen im städtischen Human Resource Management beschlossen. Dazu gehören gezielte Weiterentwicklungen des Schulungsprogrammes. Ein Weiterbildungsreglement wird demnächst erlassen.

Je ein Nachtrag zum Personalstatut und zur Vollzugsverordnung brachten Änderungen beim Kündigungsschutz und bei der Abfindungsregelung. Sodann wird neu die Änderungskündigung geregelt, mehr Flexibilität beim Anfangslohn und der Lohnentwicklung gewährt und die Lohnfortzahlung bei Krankheit und Unfall auf maximal zwei Jahre ausgedehnt. In Erfüllung einer überwiesenen Motion wurde der bezahlte Vaterchaftsurlaub auf zehn Tage ausgedehnt.

Am 24. Februar 2008 stimmte das Volk einer Erhöhung des jährlichen Sozialstellenplan-Kredites für städtische Angestellte von 450'000 auf 1'000'000 Franken zu.

Am 12. September 2007 führte der Stadtrat das seit 2005 versuchsweise betriebene, vom Personalamt zentral koordinierte Case Management definitiv ein und erteilte den Auftrag, bis Ende 2008 für die ganze Stadtverwaltung verbindliche Richtlinien für ein Absenzenmanagement zu erarbeiten.

Sowohl 2007 als auch 2008 konnte die Teuerung voll ausgeglichen und eine Lohnrunde gemäss Personalstatut gewährt werden.

Das Angebot an Ausbildungsplätzen hat sich seit 2002 in der Stadtverwaltung praktisch verdoppelt. Im Vergleich zum Bund, Kanton und Stadt Zürich steht Winterthur klar an der Spitze.

Als Beitrag zur betrieblichen Gesundheitsförderung und kundschaftsorientierten Verwaltung erklärte der Stadtrat die Stadtverwaltung und die öffentlich zugänglichen städtischen Gebäude ab dem 1. Januar 2008 für rauchfrei.

Der Stadtrat hat eine externe Studie zur strategischen Ausrichtung, Organisation und personellen Dotation des Personalamtes in Auftrag gegeben. Die Resultate werden im Laufe dieses Jahres vorliegen.

Im Projekt "Gleichstellungscontrolling in der Stadtverwaltung" wurden mit vier Pilotorganisationen spezifische Ziele in den Bereichen Chancengleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Frauenanteil auf allen Stufen und Nachwuchsförderung von Frauen im Kader erarbeitet. Insgesamt hat sich die gelebte Gleichstellung von Frau und Mann in den Pilotorganisationen positiv verändert, und es sind konkrete Verbesserungen sichtbar.

Dank einem gezielten Weiterbildungsangebot der Beauftragten für Gleichstellung ist es möglich, junge Frauen auf dem Weg in eine Führungsposition zu unterstützen und zu fördern. Seit 2006 haben sich in der "Netzwerkgruppe für Kaderfrauen" rund 50 Frauen organisiert.

## ***Effizientes Management***

Die Erhaltung und Steigerung der bereits hohen Effizienz soll vorwiegend mit der flächendeckenden Anwendung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV) bewerkstelligt werden. Seit der weitgehend vollständigen Einführung im Jahr 2006 wurden mit der WoV gute Erfahrungen gemacht.

Aufgrund der deutlich grösseren Informationsfülle wurde die Budgetierung und Rechnungslegung komplexer und aufwändiger als vor der Einführung der WoV. Trotz die-

ser erhöhten Anforderungen konnten sämtliche Fristen eingehalten werden. Eine im Spätherbst 2007 durchgeführte Umfrage beim Grossen Gemeinderat und bei der Verwaltung hat gezeigt, dass die Neuerungen weitgehend wohlwollend aufgenommen worden sind und dass Stabilität erreicht werden konnte. Gleichwohl bleiben einige Verbesserungen vorzunehmen.

Die strategischen Steuerungsmöglichkeiten für Institutionen mit einem Globalkredit von null (Stadtbus, Stadtwerk, Entsorgung) sind nicht in befriedigendem Mass gegeben. Die mehrjährige Planung (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) entspricht noch nicht der geforderten Qualität. Es hat sich auch gezeigt, dass die WoV nicht für alle Produktgruppen gleich gut anzuwenden ist. Besonders dort, wo Leistungen und Kosten so gut wie nicht gesteuert werden können, ist der Einsatz von parlamentarischen Zielvorgaben und Indikatoren oft fraglich. Ferner sind die Reformbestimmungen der Gemeindeordnung ins ordentliche Recht einzubetten.

Diesen Problemen wird sich die Projektorganisation annehmen und dem Stadtrat Lösungen vorlegen. Parallel dazu werden Schulungsmodule sowohl für das Parlament wie auch die Verwaltung ausgearbeitet und angeboten. Schliesslich soll WoV auch in der Volksschule eingeführt werden, was aus Rücksicht auf die Implementierung des neuen Volksschulgesetzes zurückgestellt wurde. Es ist vorgesehen, die meisten Revisionspunkte ins Budget 2010 einfliessen zu lassen, so dass die WoV zum Ende der Legislaturperiode in der Stadt Winterthur vollständig eingeführt ist.

Zu WoV gehört auch eine Anlagenbuchhaltung, damit auch die Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) den Produktgruppen zugeordnet werden können. Bis jetzt sind diese Kosten lediglich den WoV -Pilotorganisationen und den städtischen Betrieben weiter verrechnet und im Übrigen zentral in der Produktgruppe städtische Allgemeinkosten budgetiert und abgerechnet worden. In der Zwischenzeit ist das Projekt Anlagebuchhaltung soweit fortgeschritten, dass ab der Rechnung 2008 auch die Kapitalkosten allen Verwaltungseinheiten verrechnet werden können. Damit ist der letzte Schritt getan, damit alle wesentlichen Kostenelemente den Produktgruppen verrechnet werden können und die Transparenz und Kostenwahrheit gewährleistet ist.

Mit dem Budget 2008 ist ein neuer Prozess eingeführt worden, damit die Budgetierung klarer und strukturierter wird. Wesentliche Neuerung ist, dass zuerst ein Rahmenbudget für die ganze Stadt erstellt wird, welches auf der Basis der abgeschlossenen Rechnung und den Daten aus dem "Integrierten Aufgaben- und Finanzplan" (IAFP) beruht. Gestützt auf dieses Rahmenbudget werden analoge Vorgaben für die einzelnen Produktgruppen und Nicht-WoV-Institutionen erlassen. Aufgrund der Grobbudgetierung der Bereiche setzt der Stadtrat den finanziellen Rahmen für die Feinbudgetierung pro Produktgruppe fest. Die Resultate dieser Feinbudgetierung werden vor den Sommerferien überprüft und allenfalls nochmals korrigiert. Dieses strukturierte Vorgehen verbessert die Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten für den Stadtrat. Da die Basis jeweils die letzte abgeschlossene Rechnung ist, setzt das neue Budget auf realisierten Werten und nicht auf vorhergehenden Plangrössen auf. Dadurch erhält auch der IAFP automatisch mehr Gewicht.

Dank einem strategiekonformen, zielgerichteten und nachfrageorientierten Ausbau des städtischen E-Government-Auftrittes konnte dessen Attraktivität weiter gesteigert werden. Das E-Government der Stadt Winterthur ist im Vergleich mit anderen Schweizer Städten führend. Dies bezeugen diverse Preise und Rankings, in denen die Stadt Winterthur fast immer obenaus schwingt. Die Attraktivität des Winterthurer E-Government zeigt sich vor allem auch in den stark steigenden Besucher/innen-Zahlen. Auch die Nutzung der Online-Formulare hat zugenommen, von rund 20'000 Mal im Jahr 2005 auf knapp 30'000 Mal im Jahr 2007. Damit können verschiedene städtische Dienstleistungen auf elektronischem Weg rationell abgewickelt werden, was der Bevölkerung dient und die Verwaltung stark entlastet.

## **Nachhaltiges Denken und Handeln**

Das Vorhaben "Nachhaltiges Denken und Handeln" bedeutet einen Paradigmenwechsel für die Stadtverwaltung, zur Zielerreichung bedarf es eines eigentlichen Kulturwandels. Unter der Federführung des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz werden drei nachhaltigkeitsorientierte Projekte bearbeitet.

Winterthur nimmt teil am nationalen Projekt "Cercle Indicateurs" und der Erhebung von derzeit 32 Kernindikatoren der nachhaltigen Entwicklung. Mit Hilfe dieser Indikatoren kann der aktuelle Stand der nachhaltigen Entwicklung gemessen und Veränderungen können verfolgt und beurteilt werden. Heute liegen für die Stadt Winterthur die Werte für die 32 Kernindikatoren und 13 weitere, Winterthur-spezifische Indikatoren der Jahre 1990 bis 2005 sowie ein Grundgerüst für einen internen Bericht vor. Eine Trendbeurteilung sowie Interpretation und Diskussion der Daten mit den daraus resultierenden Massnahmen steht noch aus.

Das Pilotprojekt "Nachhaltigkeitsbeurteilung" (NHB) mit Erarbeitung eines NHB-Instrumentes wird zusammen mit der Organisation "sanu, Bildung für nachhaltige Entwicklung" durchgeführt. Für die Nachhaltigkeitsbeurteilung liegt nach zwei depar-tementsübergreifenden Workshops und nach Durchführung von begleiteten Tests ein Winterthurer NHB-Instrument vor. Es umfasst die Kurzbeschreibung des Projektes und eine Relevanzprüfung, die eigentliche Projektanalyse, eine Auswertungsübersicht und eine Zusammenfassung der wichtigsten Auswirkungen. Für die unbegleiteten Tests wurde ein Leitfaden erarbeitet. Als nächster Schritt ist geplant, eine Verankerung der NHB im Investitionsplanungsprozess zu prüfen.

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Nachhaltige Entwicklung INE der ZHAW ist Winterthur eine von fünf Fallstudiengemeinden für das Projekt "Nachhaltigkeitsorientierte Gemeindeführung". Ergänzend zum NHB-Projekt wurde im April 2008 beschlossen, die Produkte der drei Ämter Umwelt- und Gesundheitsschutz, Stadtpolizei und Feuerwehr in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Dazu erfolgt einerseits eine Indikatorenerweiterung und andererseits eine nachhaltigkeitsorientierte Berichterstattung in den WoV-Produkten.